

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/2003

13. Jahrgang (6. der N.F.)

Seiten 96-98

[zur Startseite](#)

**Tom Schumacher: *Die nordische Allianz in der Europäischen Union*. Opladen: Leske + Budrich 2000, 262 S. (= Forschung Politikwissenschaft, Band 59).**

Tom Schumacher geht im vorliegenden Buch der Frage nach, ob und wie sich die spezifische Kooperation zwischen den nordischen Staaten als strategische Interessenallianz auf die gesamteuropäische Politik auswirkt. Unter der forschungsleitenden Fragestellung, ob die nordischen Länder die Voraussetzungen zur Bildung einer solchen mitgliedsstaatlichen Gruppe in der EU erfüllen, ist es Ziel der Studie, zu untersuchen, in welchem Ausmaß tatsächlich von einer wirkungsvollen nordischen Allianz die Rede sein kann (S. 13 und 11). Im Ergebnis wird für den Untersuchungszeitraum von 1990 bis 1997 eine solche Gruppenbildung der nordischen Staaten Dänemark, Schweden und Finnland konstatiert, obwohl die beiden letztgenannten Länder erst 1995 Vollmitglieder der EU geworden sind.

Dabei impliziert der Begriff der Allianz nach Schumacher (und ausgehend von dem Konzept von Schoutheete) idealtypisch drei Elemente. Erstens muss eine Übereinstimmung von Interessen vorhanden sein, die über ein grundsätzliches Einverständnis zwischen den beteiligten Staaten in Bezug auf das Gesamtsystem EU hinausgeht und dauerhaft angelegt ist. Zweitens muss die Allianzbildung einen erkennbaren Nutzen für die teilnehmenden Staaten mit sich bringen und darf sich im Hinblick auf die anderen Staaten innerhalb der Gesamtgemeinschaft nicht ausschließlich nachteilig auswirken. Drittens muss sich die Allianz auf eine permanent angelegte, ihre Wirkung stärkende und für die speziellen Erfordernisse geeignete institutionelle Struktur (hier den Nordischen Rat und den Nordischen Ministerrat) stützen können (S. 79f.).

Die nordische Allianz erfüllt diese Anforderungen größtenteils. Darüber hinaus kennt sie keine inhaltlich starren Fronten, sondern lässt Unterschiede hinsichtlich der Gewichtung bestimmter Politikbereiche zu und nimmt Rücksicht auf die verschiedenen nationalen Traditionen von Problemlösungen. Sie ist im hohen Maße informeller Art und wird den anderen EU-Mitgliedsstaaten im Detail nicht explizit ausgeübt, um den negativen Eindruck eines „nordischen Blocks“ zu vermeiden.

Schumachers Arbeit wählt einen sehr hohen Abstraktionsgrad. Das liegt daran, dass der Verfasser nicht nur die Bedingungen und Kriterien einer Allianzbildung im Rahmen des politischen Systems der EU generell und die Wirkung der nordischen Allianz in dieses System hinein beleuchtet (Teil I und III), sondern auch die Interessenakkumulation innerhalb der Allianz sowie deren spezifische, aus der traditionellen nordischen Kooperation erwachsende, institutionelle Struktur und Form zu analysieren versucht (Teil II und IV).

Das gelingt ihm mit unterschiedlichem Erfolg. Während die Darlegung der Wirkung der nordischen Allianz im europäischen Rahmen anhand von drei Fallstudien (dem Prozess der Errichtung eines Europäischen Wirtschaftsraums 1989–1993, der EU-Beitrittsverhandlungen Schwedens und Finnlands 1993/94 und der Regierungskonferenz zur Revision des

Maastricht-Vertrags 1996/97) überzeugend dargestellt wird, bleiben im Hinblick auf die Untersuchung der nordischen Kooperation einige Fragen offen.

Wenn in den nordischen Staaten dem Parlamentarismus ein vergleichsweise hoher Stellenwert eingeräumt wird (S. 191), die kulturellen Traditionen, d.h. Werte und Prinzipien wie Bürgernähe und konsensorientierte Entscheidungsprozesse, normativ besonders prägend sind (S. 127) und die nordische Kooperation sich in erster Linie dadurch auszeichnet, dass sie in der Bevölkerung tief verankert und von umfassenden transnationalen Strukturen getragen wird (S. 232), ist es fraglich, warum diese "Binnenseite der Außenpolitik" in der Arbeit fast gänzlich ausgeblendet wird.

Die Allianz der nordischen Staaten in der EU wird vor allem dort plastisch, wo es um die Formulierung einer gemeinsamen politischen Agenda geht. Beschäftigungs-, Umwelt- und Gleichstellungspolitik, Gesundheits- und Verbraucherschutz werden vom Verfasser als Beispiele typisch "nordischer" Themen benannt. Die weiterführende Frage, *warum* gerade diese Politikfelder von so zentraler Bedeutung für die Staaten des Nordens sind, bleibt allerdings weitgehend unbeantwortet. Auch hier wäre eine stärkere Einbeziehung der normativen Ebene und des in den nordischen Staaten ausgeprägt vorhandenen Korporatismus – besonders mit Sicht auf die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften – sicherlich sinnvoll gewesen.

Die Studie Schumachers ist empirischer Art, eine ausdrückliche Rückbindung an die Theorien der Internationalen Beziehungen erfolgt nicht. Würde man eine solche Einordnung vornehmen wollen, könnte am ehesten von einer Argumentation im Sinne eines rationalistischen Institutionalismus gesprochen werden. Wenn die Hauptgründe für die Institutionalisierung in einer Allianz darin gesehen werden, dass die damit einhergehenden Vorteile auf lange Sicht gleichmäßig zwischen den daran beteiligten Staaten verteilt werden und durch diese strukturellen Kanäle zur Kooperation auch dann anregt wird, wo sie sich unter anderen Umständen nur schwer einstellen würde (S. 230), spricht dies für eine rationalistische Sicht, die den Staat in erster Linie als einen Nutzenmaximierer sieht.

Die europapolitischen Interessen der nordischen Staaten sind im Rahmen ihres gesamten Interessenspektrums jeweils von unterschiedlicher Priorität. Die aus der innergesellschaftlichen Gewichtung resultierenden außenpolitischen Präferenzunterschiede zwischen den Ländern werden als Einflussfaktoren hinsichtlich der Wirkung der Allianz identifiziert. Ein Beispiel hierfür ist das Verhalten Finnlands während der Regierungskonferenz 1996/97. So wich das Land von der gemeinsamen Linie der nordischen Staaten ab, in Umweltfragen auf ein möglichst hohes Schutzniveau zu pochen. Der Grund hierfür war das – im Gegensatz zu Dänemark und Schweden – in Finnland vorhandene übergeordnete sicherheitspolitische Interesse an einer Vertiefung der europäischen Integration, dass sich aus historischen Erfahrungen und der geografischen Nähe zu Russland speist. Die Regierung entschied sich dementsprechend für die Formulierung umweltpolitischer Vorschläge, die zwar hinter den Forderungen Schwedens und Dänemarks zurückfielen, die Chance auf eine

Einigung insgesamt aber erhöhten (S. 189).

Unter Verweis auf die aus der Empirie gewonnene Erkenntnis, dass eine Allianz dann als besonders effizient gelten kann, wenn eine personelle Verzahnung zwischen den europäischen und allianzinternen Entscheidungszentren gegeben ist (S. 239), wird es möglich, eine Brücke zu dem von Robert D. Putnam formulierten Ansatz eines "two level games" zu schlagen. Entsprechend Putnams Ansatz müssen die nationalen Regierungen an zwei "Spieltischen" gleichermaßen erfolgreich agieren: an dem der internationalen Verhandlungsführer und an dem der innenpolitischen Akteure und Interessengruppen.

Insgesamt gesehen liegt mit dem Buch von Tom Schumacher eine klar formulierte, empirisch solide Studie über die Handlungsspielräume und Erfolgsaussichten einer Staatengruppe vor, deren Anliegen es ist, ihren kumulierten Einfluss im Rahmen der europäischen Gremien Rat und Europäischer Rat durchzusetzen. Damit wird der wenigen zu diesem Themenkomplex vorhandenen älteren Forschung – die für den nordischen Raum in der pauschalen These "Jeder kämpft für sich allein" (Michiel Maertens) gipfelte – eine differenziertere und umfassendere Sicht gegenübergestellt. Es ist zu wünschen, dass den durch diese Arbeit gemachten ersten Schritten einer Verbindung der Einzelfallstudien zur Benelux-, deutsch-französischen- und nordischen Kooperation weitere folgen. Am Ende könnte ein theoretisches Konzept stehen, dass eine umfassende Erklärung von Allianzen innerhalb der EU ermöglicht.

*Dirk Schröter (Dresden)*